

Konrad Hummel | Gerhard Timm [Hrsg.]

# Demokratie und Wohlfahrtspflege

Mit einem Vorwort von Franziska Giffey



**Nomos**

Konrad Hummel | Gerhard Timm [Hrsg.]

# Demokratie und Wohlfahrtspflege

Mit einem Vorwort von Franziska Giffey

Sonderband der Zeitschriften  
Blätter der Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6300-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-0406-9 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen,  
ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten  
einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat.  
Als sie die Gewerkschaften holten, habe ich geschwiegen, ich war ja  
kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der  
protestieren konnte.“  
(Martin Niemöller)

„Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.“  
(unbekannte Quelle)

## Vorwort

*Franziska Giffey*

Über 4,4 Millionen Menschen engagieren sich haupt- und größtenteils ehrenamtlich in der Freien Wohlfahrtspflege. Nicht zu vergessen sind auch die ca. 100.000 Menschen, die die Wohlfahrtsverbände mit einem freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr oder im Rahmen eines Bundesfreiwilligendienstes unterstützen. Es ist die Solidarität mit den Benachteiligten der Gesellschaft, die die Freie Wohlfahrtspflege antreibt. Ihr unermüdlicher Einsatz in Initiativen, Hilfswerken, Alten- und Krankenhäusern, Kindertageseinrichtungen oder Selbsthilfegruppen ist Kennzeichen einer großartigen Bürgerbewegung im wahrsten Sinne. Und es zeigt, dass das Miteinander von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik unvermindert lebendig und leistungsfähig ist.

Unsere Demokratie ist zwar insgesamt in einem guten Zustand, wie auch einige Autoren in diesem Sonderband herausarbeiten. Aber – egal ob im ländlichen Raum oder in sozialen Brennpunkten – es gibt bei einigen auch das Gefühl zurückzubleiben, abgehängt zu sein oder von Veränderungen überrollt zu werden. Und es ist gerade dieses Gefühl, das von Populisten gerne aufgegriffen und genutzt wird, um demokratische Errungenschaften in Frage zu stellen. Die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten, um demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken. Diese Zukunftsaufgabe betrifft alle Lebensbereiche – von den ganz Kleinen bis ins Seniorenalter. Die Wohlfahrtsverbände sind hier immer mit dabei, denn Kitas, Bildungsstätten und Seniorenheime liegen oftmals in ihrer Trägerschaft.

Es ist eine dauerhafte Aufgabe, die Menschen in unserem Land immer wieder neu für die Demokratie und ihre Funktionsweisen zu sensibilisieren und demokratische Teilhabe für alle zu ermöglichen.

Hierfür müssen Politik und Wohlfahrtspflege Hand in Hand arbeiten, um demokratisches Handeln und soziale Arbeit zu verbinden. Ich begrüße es sehr, dass sich die Wohlfahrtsverbände dabei bereits lange und intensiv beteiligen – etwa im Bereich von Aufklärungsarbeit und Empowerment sowie der Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Sie entwickeln und erproben beispielsweise schon für Kinder innovative frühpädagogische Methoden, um demokratische Werte zu vermitteln und zu stärken. Das betrifft

*Vorwort*

auch das soziale Umfeld aus Eltern, Familie, Erzieherinnen und Erziehern, die mit einbezogen werden müssen. Hier sollten wir ansetzen und erprobte Methoden bundesweit für alle sozialen Einrichtungen und Dienste weiter ausbauen.

Der vorliegende Band beinhaltet eine Sammlung wertvoller und zum Teil auch streitbarer Beiträge zum Zusammenspiel von Wohlfahrt und Demokratie. Dabei gehen die Autorinnen und Autoren in ihren Aufsätzen auch auf Herausforderungen und Risiken ein. Es werden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft beleuchtet, bestehende Strukturen kritisch hinterfragt und Stellen aufgezeigt, an denen Handlungsbedarf besteht. Das Grundverständnis der Wohlfahrtsverbände beruht auf Teilhabe, statt nur auf Fürsorge. Damit sind sie insgesamt gut aufgestellt, um die oben geschilderten Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Dieses Grundverständnis zeichnet für mich auch eine moderne soziale und an den Menschen orientierte Arbeit aus. Die Politik muss diesen Weg begleiten und Möglichkeiten finden, Demokratieförderung und sozialräumliches Engagement der Freien Wohlfahrtspflege nachhaltig zu unterstützen.

Die Spitzenverbände der Freien und unabhängigen Wohlfahrtspflege sind mit ihrer wertgebundenen, gemeinwohlorientierten Ausrichtung sowohl Teil als auch Motor ständiger Veränderungen in der Gesellschaft. Wie sie den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht werden und Angriffen auf unsere Demokratie entgegenwirken können, das sind Fragen, die auch in diesem Sammelband aufgeworfen werden. Vor allem aber sind es Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft als Ganzes steht und an denen wir gemeinsam arbeiten müssen, um unsere demokratische Zukunft zu gestalten.

## Inhalt

### **Einführung**

- Wohlfahrtsverbände in der Demokratiekrise: Was tun? 15  
*Konrad Hummel/Gerhard Timm*

### **Geschichte**

- Demokratie und Wohlfahrt zwischen 1848 und 1933 47  
*Sabine Hering*

- Ein Wohlfahrtsverband im Visier des autoritären Staates: Die  
Arbeiterwohlfahrt nach ihrer Gründung und während der Nazi-  
Diktatur 1919 bis 1945 65  
*Wolfgang Stadler*

- Vorauselender Gehorsam: Die Ausgrenzung des jüdischen  
Wohlfahrtsverbandes aus der Liga der freien Wohlfahrtsverbände im  
Frühjahr 1933 85  
*Manfred Kappeler*

### **Grundlagen und Theorie**

- Krise der Demokratie oder Krise des Demos? 115  
*Rolf Frankenberger/Martin Seeleib-Kaiser*

- Die Wohlfahrtsverbände als Akteure der Sozialwirtschaft 141  
*Rolf G. Heinze/Rabea Bieckmann*

*Inhalt*

Vom Fürsprecher zum Lautsprecher? – Wohlfahrtsverbände  
zwischen Fürsorge und Partizipation 169

*Eva M. Welskop-Deffaa*

Wohlfahrtsverbände und rechtspopulistische Herausforderungen 189

*Wolfgang Schroeder/Lukas Heller*

Wohlfahrtsverbände und die Dynamik des Engagements in der  
Gesellschaft 213

*Ansgar Klein*

Die Wohlfahrtsverbände in einer europäischen Sozialunion 227

*Bernd Schlüter*

**Reflektierte Praxis und Perspektiven**

Soziale Arbeit als Demokratieförderung – Meilensteine und  
Handlungsleitlinien 245

*Patrick Oehler*

In Sozialräumen denken – Stärke und/oder Bringschuld der  
Wohlfahrtsverbände? 271

*Anselm Böhmer*

Lokale Demokratie und Sozialraumpolitik – ein Platz für die  
Wohlfahrtsverbände? 299

*Reiner Prölß/Martina Haag/Dieter Rosner*

Wohlfahrt in einer pluralen Gesellschaft – Muslimische Wohlfahrt  
als Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen? 319

*Anke Strube/Mehmet Koc/Wolfgang Kleemann/Aida Roumer*

Anwält\*innen der Unerhörten – Unmittelbares Engagement für  
Demokratie 349

*Maria Lobeide/Ingo Grastorf/Natascha Gillenberg*

*Inhalt*

Anwalt der Armen und Partner der Politik im politischen Prozess: Sozialmonitoring als Erfolgsmodell? <i>Thomas Becker</i>	367
---	-----

**Abschluss**

Perspektiven aus der Krise? Ein Gespräch mit den Herausgebern <i>Brigitte Reiser</i>	389
Autorinnen und Autoren	411

## **Einführung**

## Wohlfahrtsverbände in der Demokratiekrise: Was tun?

*Konrad Hummel/Gerhard Timm*

- 1.) *Die Herausforderung, denen sich unsere Demokratie seit geraumer Zeit gegenübersteht, besteht in der Infragestellung des politischen Systems auf mindestens drei Ebenen:*
  - a) Zum einen wird generell die repräsentative Demokratie, ihre Parteien, ihr Rechtsstaat und ihr Verwaltungsapparat als Elitenstaat ‚derer da oben‘ kritisiert,
  - b) zum anderen wird dem Miteinander der Völker, Religionen, Nationen und Volkswirtschaften eine Absage erteilt zugunsten eines ‚Wir zuerst‘,
  - c) was drittens darin mündet, exklusiv zu sein, teils menschen(rechts)verachtend, gewaltbereit dem anderen, Fremden eine Absage zu erteilen und – was unsere Thematik angeht – die Wohlfahrt ausschließlich und standardisiert (nicht bedarfsorientiert) der eigenen ‚Volksgemeinschaft‘ zukommen zu lassen.

Dies stellt die Rolle der Wohlfahrtsverbände im Geflecht repräsentativer Demokratie in Frage, reduziert die Wahlfreiheiten der NutzerInnen und KlientInnen, widerspricht den offen ausgelegten Leitbildern von Solidarität, Nächstenliebe und Subsidiarität und macht deshalb viele Angebote und letztlich Kernbereiche der Freien Wohlfahrt ‚überflüssig‘.

Wie stellen sich die Verbände den Lehren ihrer Geschichte (siehe Zitat oben), der Gegenwart ökonomischer Herausforderungen und dem Vertrauens- und Legitimationsverlust in der Zukunft?

Wir stellen diesen Herausforderungen unsere Analysen vom Wandel des sozialstaatlichen Zusammenhangs gegenüber. Danach ist unsere Gesellschaft nicht ein wenig und allmählich, sondern qualitativ folgenschwieriger, vielschichtiger und heterogener geworden als zu Zeiten, als die ‚Geschäftsgrundlagen‘ der Freien Wohlfahrtspflege sich etabliert haben. Dazu gekommen ist die Ökonomisierung aller Dienstleistungen, die Erosion der Mitgliederstrukturen und eine Verlagerung vieler sozialer Herausforderungen in die lokale sozialräumliche Ebene sowie raumbezogene Ungleichheit.

Sich dem Wandel zu stellen und die politischen Gefahren zu erkennen, ist die doppelte Aufgabe der Verbände, dem dieses Buch dienen soll.

*Konrad Hummel/Gerhard Timm*

Die Verbände tun gut daran, im Geflecht der repräsentativen Demokratie ihre Rolle zu spielen, das Primat der Politik zu akzeptieren und dennoch mehr als nur Dienstleister zu sein. Sie tun gut daran, ihre eigenen Geschäftsmodelle, Leitbilder (besonders so sie noch paternalistisch-fürsorglich sind), Praxisstrukturen transparent zu machen (unter Teilhabe der Betroffenen), auf den Prüfstand zu stellen, falsche ‚Konkurrenzspiele‘ zu vermeiden, allen in der vielschichtigen Gesellschaft den Zugang zu ermöglichen und schließlich eine klare Grenzziehung zugunsten der offenen, menschenrechtsorientierten Gesellschaft vorzunehmen.

Weder die Einzelbeiträge noch die Summe der Erkenntnisse in diesem Buch bieten Patentlösungen, wie unschwer vorauszusehen war. Der Geist des Buches lebt aber davon, dass historische, politische Analysen klären und nachdenklich machen können, dass engagierte Kolleginnen (aus der ‚Zunft‘ der Verbände) zeigen, dass der Diskurs angelaufen ist und die Verbände sich hier auf einem reflektierten guten Weg befinden.

2.) *Ist das eigene Haus demokratisch bestellt? Fragen an die Herkunft.  
Oder: Mit Putnam (2001) Brücken bauen, Verbindungen schaffen – sind wir soweit?*

Die Annahme in diesem Sammelband ist, dass die Wohlfahrtsverbände in Deutschland ein wichtiger Bestandteil des sozialen Bundesstaates sind (Timm 2014), wie er in Art. 20 des Grundgesetzes gefordert ist. Die Verbände bilden eine Brücke zwischen Staat und Bürgerschaft und stellen selbst durch ihre Zusammenarbeit als Liga eine erfolgreiche Integration unterschiedlicher Glaubens- und Herkunftsgruppen in den bundesrepublikanischen Nachkriegssozialstaat dar.

Die Herausgeber begnügen sich nicht mit dem Selbstverständnis der Wohlfahrtsverbände, sondern stellen Fragen an Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Verbände im Kontext der Gesellschaft. Haben die Verbände ihre Lehren gezogen aus der Zwischenkriegsgeschichte? Funktioniert das mit den Verbindungen zwischen den Milieus, Glaubensgemeinschaften, Klassen, Geschlechtern?

**Stadler/Kappeler/Hering** bearbeiten die vordemokratische Entstehung, die Ausgrenzung jüdischer Wohlfahrt und die Überwachungssituation der Arbeiterwohlfahrt.

Hering zeigt auf, dass es Mitte des 19. Jahrhunderts religiöse, zum Teil sogar antidemokratische obrigkeitstaatliche Motive waren, welche die Gründung der ersten Wohlfahrtsverbände initiierten. Erst in der Weimarer Republik gelingt ansatzweise die Wende dahingehend, dass die Wohl-

*Wohlfahrtsverbände in der Demokratiekrise: Was tun?*

fahrtsverbände am Aufbau der Demokratie teilnehmen können, wie es Alice Salomon und die Führer der jüdischen Wohlfahrtsbewegung gefordert hatten.

Sehr bedenkenswert zitiert **Kappeler** zentrale Aussagen evangelischer und katholischer Wortführer der Verbände in der Weimarer Übergangszeit, die in sich aufhorchen lassen. Es wird nicht nur deutlich, wie leicht es Nationalsozialisten gefallen ist, in dieses autoritäre Staats- und Gesellschaftsverständnis einzudringen. Eine diffuse Mischung aus religiös-fürsorglicher Exklusivität und Loyalität bis Unterwürfigkeit zum Staat und das Pochen auf Ordnungsbilder ließ erste Bemühungen, wie sie etwa mit der AWO-Jugend(mädchen)arbeit beschrieben werden, ins Leere laufen. Wenn Kappeler in diesem Buch zitieren lässt, „man gestehe den Humanisten durchaus hilfreiches Handeln zu, aber wahre Caritas sei etwas ganz anderes“, so kommt dies einer deutschen Haltung nach dem Zweiten Weltkrieg noch sehr nahe, Zuwanderer z. B. seien durchaus nett, kinderlieb und solidarisch untereinander, aber soziales Handeln innerhalb unserer gelernten gesellschaftlichen Normen sei schon etwas anderes .....

Dieses ‚Dringen‘ und ‚Draußen‘ aus einer vermeintlichen Volksgemeinschaft bleibt ein Problem auch nach dem ‚Abschütteln‘ der Gewaltorgien des Dritten Reiches. So sind die Verbände auf gewisse Art Opfer, aber auch Mittäter zugleich beim Blick zurück und angesichts ihrer mangelhaften Aufarbeitung einzelner Verantwortungsträger. Wie offen oder wie ‚staatsimmanent‘ werden die Verbände ihre Zukunft meistern, wenn sogar aus den eigenen Reihen von Mitgliedern, KundInnen und MitarbeiterInnen inzwischen der Ruf erschallt, dass die Wohlfahrt unseres Staates eben nicht für alle reichen könne und selbstredend klar ist, wer dann zuerst rausfällt? Beispiele dafür steuert Wolfgang Schroeder in diesem Band bei.

Halten wir fest: Der Freien Wohlfahrtspflege ist es gelungen, in vielen Teilschritten (einmal mehr durch VordenkerInnen, einmal mehr durch die Praxis) Brücken zu bauen zwischen BürgerInnen und Staat, zwischen den großen Gruppen der Gesellschaft.

Verbindungen und Verbindlichkeiten, mit denen Putnam eben auch Toleranz, Kooperation, Übernahme von Engagement, Teilhabe für alle, Eigenverantwortung meint – also die innere Seite der vielbeschworenen Subsidiarität, bei der eben alle mitmachen können und sollen – sind die eher offene Flanke in der Geschichte der Verbände.

**Strube u. a.** prüfen, wie neue – religiös motivierte – Gruppeninteressen einer bunten gewordenen Republik zu integrieren sind. Das beginnt nicht nur beim Anliegen der Wohlfahrt für Muslime. Es hat auch zu tun mit Selbsthilfegruppen, eigensinnigen, ‚widerspenstigen‘ Gruppen der Gesellschaft, von Kirchenmeinungen abweichenden Beratungen, dem langen

*Konrad Hummel/Gerhard Timm*

Weg zu Gender und Interessen der Gruppen vielfältiger sexueller Identität. Es hat zu tun mit der Dynamik von Sozialräumen, Vielfaltsquartieren (Hummel 2019), raumbezogener Ungleichheit, die sich lange Zeit den Verbänden entzogen hat, obwohl diese von Kirchengemeinde und Ortsverein kommend, besser verstehen müssten als andere, um was es geht. Für Strube u.a. ist es wichtig, mit diesem ‚anderen‘ Ansatz bei muslimischen Dienstleistern auf Augenhöhe zu reden. Zwischen den Zeilen bleibt die Frage, warum sind Verbände, ihre MitarbeiterInnen und KundInnen so lange bei MigrantInnen und Andersgläubigen unterrepräsentiert gewesen.

3.) *Sind Demokratie und Rechtsstaat sichere Rahmenbedingungen der Wohlfahrtspflege? Oder: Sozialstaat und Verbände sind mittendrin.*

**Frankenberger/Seeleib-Kaiser** machen in diesem Buch den ganz nüchternen Versuch, Krisenindikatoren der Demokratie abzuarbeiten, und kommen zu dem Schluss, dass Deutschland keinerlei Indiz auf eine grundsätzliche Demokratiekrise aufweist (wie beispielsweise Ungarn oder die Türkei). Das ist wichtig, um den ganzheitlich- psychologischen Charakter der tatsächlichen Krise in diesem Land richtig einzuordnen, auch wenn es uns auf den ersten Blick wenig weiterhilft. Soziale Gerechtigkeit ist mithin weniger eine objektive empirische Größe als eine ‚gefühlte‘, nicht minder wirksame Wahrnehmung.

Die letzten Jahre haben zur ‚Krise der Demokratie‘ eine umfangreiche Literatur und Beschäftigung mit der Demokratie selbst hervorgebracht. Dabei wird der rein wissenschaftliche Rahmen schnell gesprengt – wie er z. B. mit der ersten Großstadtstudie zur lokalen Demokratie noch publiziert worden war (van Deth 2014). Bis dahin wurde das Paradoxon beschworen, die überwiegende Mehrzahl der Menschen seien sehr zufrieden mit der Demokratie im Land, aber im Detail dann doch nicht berechenbar, vom Wutbürger über die „ungeladenen Außenseiter“ (ebd.: 167), dem Erstarken des Rechtspopulismus bis zu den auffälligen Abweichungen der Einstellungen in unterschiedlichen Wohnbezirken.

Hellhörig hätte damals schon machen müssen, dass sich in bestimmten Quartieren innere und in anderen Wohnlagen äußere Abwendungen von der Demokratie verfestigt haben, die mit Sachfragen nichts zu tun haben. Während die einen nicht mehr zur Wahl gehen, doppelt so viele von ihnen (im Unterschied zu befragten BürgerInnen anderswo) kein Vertrauen in Politik haben und auch doppelt so viele über keine Nachbarschaftskontakte verfügen (van Deth 2014), wenden die anderen in sehr homogenen Quartieren sich ab. Sie fühlen sich zu wenig respektiert (40 % zu 10 % bei

*Wohlfahrtsverbände in der Demokratiekrise: Was tun?*

anderen Gruppen), halten die Migrantenfrage für die zentrale Frage der Politik (während weltoffene Bürger die Klimapolitik dort sehen) und wenden sich rechtsnationalen Politikangeboten zu (Faus/Storks 2019).

Während die meisten Demokratiepublikationen der letzten Jahre allgemeiner sich am Niveau der Weltoffenheit oder Fremdenfeindlichkeit, letztlich der Integration der Republik, abarbeiteten, widmeten sich nur einige dem wirklichen Verstehen der Ausgegrenzten (typisch dafür vielleicht die Diakoniekampagne „Die Unerhörten“ – vgl. dazu den Beitrag von **Loheide u. a.** in diesem Band).

Aus USA und Frankreich kamen beindruckende Literaturbeispiele über die abgehängten (Trump-)Wähler oder die Verbitterten des französischen Nordostens. Die Göttinger Forschungsgruppe um Walter gab nicht den (mittelständischen) Wutbürgern, dafür aber den ‚Entbehrlichen‘ in den alten Arbeiterquartieren eine Stimme (Walter 2011). Und für eine ‚dritte Generation‘ von Zuwanderern gilt, dass sie Demokratie transnational in Frage stellen. Sie reagieren auf ‚ihre Heimatpolitik von Erdogan‘ und bringen sie in Stellung gegenüber der deutschen Demokratie.

Die Integrationspolitik und Flüchtlingsfrage hat vermutlich die notwendigen Positionsklärungen nur beschleunigt und forciert, weshalb die Friedrich-Ebert-Stiftung gleich auf der einen Skala die „national orientierten“ und am anderen Ende die „weltoffenen“ konstruiert (statistisch interessanterweise ähnlich groß!) (vgl. Faus 2019). Dazwischen die verunsicherte Mitte, aus der heraus ständig ‚Ausreißversuche‘ erfolgen wie die Gelbwesten in Frankreich. Wie fragil das alles geworden ist, zeigt, dass solche ‚Ausreißversuche‘ derzeit durch nichts und niemanden ‚repräsentativ‘ aufgefangen werden und hoffnungslos verbittert, hassgeprägt und antistaatlich enden.

Die Polarisierung der Gesellschaft bedeutet in der Folge, dass alle sich absetzen in der Annahme, die anderen würden sie diskriminieren oder bevorzugt werden. Der an- und wahrgenommenen Wut und Kränkung auf der einen Seite der Gesellschaft steht eine Identitätspolitik intellektueller moderner Gruppen gegenüber, die ständig und überall Diskriminierung, Rassismus und Entwertung ortet und die sozialen Trennungswandern der Gesellschaft massiv weiter verstärkt (Scheu 2019/Krohn 2018 und 2019). Gefühlt sind die Gewinner von heute nicht mehr „die Kapitalisten“, sondern die „Bildungsbürger mobiler multikultureller Art“.

„Die verhassten Weltbürger“ spiegelt die ZEIT Ende 2018 ihrer Leserschaft die Sicht der „Einfachen“ auf die „Gebildeten“ (Soboczynski 2018). Vorsichtig formuliert ein ökobeseelter Selbstversucher: „Man muss aufpassen, dass man nicht zum Bild einer Bionade-Bourgeoisie beiträgt, die allen kleinen Leuten erklärt, wie es zu gehen hat“ (Krohn 2019).

*Konrad Hummel/Gerhard Timm*

Wer über die ‚Unerhörten‘ oder ‚Abgehängten‘ redet, muss gleichzeitig über die ‚Besserwisser‘ und ‚Nestflüchter‘ reden, muss sich auf die Suche nach der ‚Mitte‘ der Gesellschaft machen.

Allen aber, ob einfach-gebildeten, national-mittelständischen oder welt-offenen BürgerInnen ist gemeinsam, dass sie miteinander verbunden sein wollen, dass sie Zusammenhalt suchen. Alle drei Gruppen der Friedrich-Ebert-Studie suchen mehrheitlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber jede Gruppe versteht etwas anderes darunter und tut Unterschiedliches selbst dafür. In der politischen Diskussion wird dieser Punkt von gemeinsamen Vorstellungen, von Erwartungen und ‚Versprechungen‘ der Demokratie zu wenig reflektiert.

Dies ist der Referenzpunkt der Gleichheits-/Ungleichheitsdiskussion in der Demokratie. Wie weit entfernt sich jede Gruppe vom Zusammenhalt der Gesellschaft, wie trägt sie zum Zusammenhalt bei, wie sehr setzt sie sich ab?

Die klassischen Fördermechanismen können Ungleichheit in diesem Sinne verschärfen: Kein Weiter so! Es ist bitter und bezeichnend für die deutsche Sozialstaatsentwicklung, dass schon 1977 vor den Anfängen raumbezogener Ungleichheit gewarnt worden war (Herlyn 1977).

Dort kommt Herlyn aufgrund seiner Studien zum Schluss, dass sich „ein egalitärer Ansatz politischer Strategie verbietet, die Gleichverteilung propagiert, jedoch Ungleichheit schafft“ (ebd.: 586), wenn man bürgernah den Gruppen helfen will, die von Defiziten in der Versorgungssituation geprägt sind. Wenn eine benachteiligte Personengruppe ‚festhängt‘ in ihrer Gruppe, an ihrem Arbeitsplatz, in ihrem Quartier, das längst geprägt ist von Problemen und Vielfalt, verschärfen individuelle Förderungen und egalitäre Leistungen die Ungleichheit.

Ein wirksamer Sozialstaat wird oft vor der Entscheidung stehen, ‚egalitär zu liefern‘ oder ‚gezielt asymmetrisch‘ und strukturell raumbezogen zu unterstützen. Es kann für die Klärung von Gleichheit und Zusammenhalt zentral sein, ob es ernsthaft darum geht, Lebenschancen nachzubessern oder Versorgung aufrechtzuerhalten.

Im Kern tauchte dies in der Hartz IV-Debatte ebenso auf wie es auch Gegenstand offensiver Entwicklungspolitik ist. Und es steckt in jeder Qualitätsdebatte, z. B. von Erziehungsdienstleistungen: Verwahrt der Kindergarten und stellt die Berufstätigkeit der Mutter sicher oder/und entfaltet er alle Chancen des Kindes? Das ist nicht immer und jederzeit das gleiche.

Steht die Demokratie im Mittelpunkt der Bemühungen, muss es um die Chancen gehen, um die „Versprechungen“ des „demokratischen und sozialen Bundesstaates“ (Art. 20 GG) – Versprechungen, die nur mit den Betroffenen eingelöst werden können und nur erfolgreich sind, wenn viele

*Wohlfahrtsverbände in der Demokratiekrise: Was tun?*

andere Gruppen den Erfolg solcher Bemühungen auch wollen und unterstützen.

4.) *Es geht um ein ‚Sozialstaatsprinzip‘ und damit um das jeweils gültige Paradigma, an dem Verbände erheblich mitwirken.*

Deshalb haben wir deutsche Sozialstaatsgeschichte nachzuzeichnen versucht und fragen, ob sich nicht das Sozialstaatsparadigma insgesamt ändert. Ist nicht Misstrauen entstanden, weil die Akteure die Weiterentwicklung der sozialen Fragen nicht wahrgenommen haben? Beseitigen vorrangig die Wohlfahrtsverbände die Armut oder ist dies wieder verstärkt Sache des Staates durch zahllose Sozial- und Reformgesetze geworden? Ist es Aufgabe der Verbände, Kindergärten zu stellen? Bleibt es ohne Folgen für die Verbände, wenn neben ihnen Kirchen, Parteien und Gewerkschaften ebenfalls mitgliederschwächer werden? Muss ein demokratischer Wohlfahrtsverband jede Beratung leisten oder nur die, die ihm seine Kirche erlaubt? Wenn sozialpsychiatrische Dienste bei einem Verband besser angesiedelt sind als bei der öffentlichen Hand – dann warum? Handelt ein Verband in einem schwierigen Stadtquartier, wenn er die Not sieht oder wenn er den Auftrag hat und handelt er neben, mit oder im Zweifel auch parallel zu einem anderen Verband? Wie engagiert versorgt er Flüchtlinge, wenn ein Teil seiner Mitglieder und KundInnen dies ablehnt? Das sind Fragen an die Wohlfahrtsverbände, mit denen sie sich in ihrer täglichen Praxis befassen müssen.

Wie also stellen die Wohlfahrtsverbände ihre Balance her zwischen Auftragsökonomie und Werteorientierung, zwischen Grundgesetzloyalität und Mitgliederloyalität, zwischen autonomer Handlungssouveränität und Kooperation mit staatlicher Sozialplanung, woher beziehen sie die Legitimität für sozial bedrohte Menschen und Räume zu sprechen und wenn, mit welchen Ressourcen und Macht können sie dies tun? Und wie, fragen **Heinze/Bieckmann**, werden sie all dem als große Arbeitgeberverbände gerecht?

Die Herausgeber sehen insoweit einen Paradigmenwechsel des Sozialstaatsprinzips, als sich der Handlungsrahmen und die Problemlösungsmuster in den letzten 70 Jahren grundlegend geändert haben. Es gilt nicht mehr der ‚geschlossene‘ nationalstaatliche Rahmen und mit geldgestützten Transferleistungen ist es nicht mehr getan. Wer in den Bildungswegen schon abhängt, braucht nicht mehr ‚Bargeld‘ oder Mitleid, sondern gezielte Bildungsinfrastruktur, und wer in normativen Konflikten einer Einwanderungsgesellschaft verhakt ist, braucht nicht mehr Willkommensappelle,

*Konrad Hummel/Gerhard Timm*

sondern ein klares Regelwerk aus Sprachkursen, sozialer Kontrolle und Wohnungspolitik. Wer in Brennpunktquartieren helfen will, braucht nicht mehr Dienstleistungsaufträge, sondern mehr Zielvereinbarungen und kommunale Absprachen.

Das Soziale ist nicht mehr die Reparatereinrichtung des Arbeits- und Finanzmarktes. Das Soziale hat an Eigenständigkeit und Fachlichkeit gewonnen und zielt auf eine gelingende Lebensführung, deren finanzielle Seite Sache des Sozialstaates ist, aber dessen Ausfüllung ein Gestaltungsauftrag ist, der permanent Einmischung, Vernetzung und die Klärung eigener Wertepositionen erfordert. Wie der Zusammenhalt der Gesellschaft und eine Atmosphäre der Ermutigung gelingen kann, ist eine Frage, die über die Anwaltsfunktion für ‚Schwächere‘ hinausgeht. Das Sozialstaatsprinzip meint heute strategisches Handeln hinsichtlich der individuellen und kollektiven Gestaltung von Lebensbedingungen, womit das unmittelbare Helfen und die Notlagenarbeit als Alleinstellungsmerkmal in den Hintergrund rücken. **Schlüter** zeigt mit Blick auf Gesamteuropa, dass die Qualität der Daseinsvorsorge, das Gerechtigkeitsempfinden und letztlich die Demokratie oft noch wichtiger sind für das Zusammenleben als einzelne Transferleistungen und Dienste. Diese Botschaft haben die Gelbwesten in Frankreich sehr klargemacht. Steuern, Spritpreise und Verkehrsfragen waren für sie Kernfragen der Gerechtigkeit im Land, ungleiche Geldverteilung als ungleiche Entscheidungschancen (Guilluy 2018).

Es mag leichter sein, den Gestaltungsauftrag auszufüllen, wenn man über Immobilien oder Dienstleistungen verfügt. Umgekehrt aber gilt: Welcher Verband auch immer über Ressourcen verfügt, es erleichtert es ihm nicht und entbindet ihn auch nicht davon, zum Gestaltungsauftrag Position zu beziehen. Die bestgemeinte Hilfe nutzt wenig, wenn KlientInnen sich ungerecht behandelt fühlen oder ohnmächtig sind, nicht beteiligt werden oder keine Perspektive sehen. Das gehäufte Auftreten solcher Dissonanzen ist offenkundig Bestandteil der Demokratiekrise.

Wir deklinieren im Nachfolgenden die Sozialstaatsentwicklung der Republik durch, weisen auf die sozialen Spaltungen innerhalb der (Stadt-)Gesellschaften hin und zeigen die Schnittstelle von Demokratiekrise und wohlfahrtsverbandlichem Selbstverständnis auf. Was in einer vielschichtig gewordenen Gesellschaft soziale Gleichheit bedeutet, ist widersprüchlich geworden – vielleicht verschärft eine klassische Dienstleistung unter ungleichen Lebensbedingungen die Unterschiede in der Gesellschaft sogar mehr, als uns recht sein kann. Vielleicht ist Helfen um jeden Preis in manchen Fällen ein Belassen der Ursachen von Leid und Abhängigkeit.

Wir gehen davon aus, dass zum sozialstaatlichen Paradigmenwechsel gehört, dass die Fragen des Zusammenlebens und Zusammenhalts der Ge-

*Wohlfahrtsverbände in der Demokratiekrise: Was tun?*

sellschaft und der demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft der sozialen Fürsorglichkeit und Gleichheitsvorstellung vorgeschaltet werden müssen, quasi vor die Klammer gezogen werden. Es geht heute um Inklusion und nicht mehr um Integration. Es geht um Partizipation und nicht um Fürsorge. In der Tat, das ist wohl das entscheidende Scharnier: Unsere Demokratie ist auf eine partizipative, teilhabeorientierte, emanzipative Wohlfahrtspflege angewiesen, die gleichsam als Kollateralnutzen demokratisches Bewusstsein und Bedürfnis erzeugt. Umgekehrt ist kaum vorstellbar, dass sich eine solche Freie Wohlfahrtspflege, eine solche soziale Arbeit in einem autoritären System entfalten könnte.

Auch und gerade in der Verschiedenartigkeit der Lebensstile und Lebens- sowie Leidenssituationen gilt das Leitbild einer inklusiven Gesellschaft. Das bedeutet auch, sich mit Unterschieden und Ungleichheiten auf der Grundlage unverzichtbarer Grundwerte zu arrangieren. Und es bedeutet, die Chancen zu verbessern, selbst an den Lebenssituationen etwas zu verbessern, statt die Versorgung im Gegenwartsbezug zu optimieren.

Neuere Studien, die wir zitierend einbeziehen (Faus/Storks 2019) konstatieren alle möglichen Spaltungen, Untergruppierungen und Milieus der Gesellschaft. Der verbindende Punkt aller Gruppen bleibt aber der Wunsch nach Zusammenhalt, nach Gemeinschaftlichkeit in je verschiedensten Formen.

Auf der Suche danach und der Gestaltung solch inklusiver Gesellschaften können Wohlfahrtsverbände eine unverwechselbare Rolle spielen. Dies ist auch Arbeit an kollektiver Vertrauensbildung, die uns im Rahmen der Demokratiekrise ständig mehr verlorengeht und beispielsweise die Parteien und vermeintlichen ‚Eliten‘ im Kern treffen will. Diese Vertrauensbildung meint nicht konkurrenzorientierten Wettbewerb, welcher Verband das meiste Vertrauen gewinnt, sondern Arbeit an einer Atmosphäre, in der auf vielen Feldern der Kooperation (Senett 2017) Vertrauen wachsen kann.

In der sozialstaatlichen Geschichte der Republik konnten die Wohlfahrtsverbände mit ‚geliehenem Vertrauen‘ arbeiten, weil sie quasi von Anfang an gesetzt waren.

In den 1950er Jahren der deutschen Republik haben sich ordnungspolitische Bausteine so zueinander gefügt, dass sie zusammen ein für mehrere Jahrzehnte stabiles soziales System ergaben.

Dem Grundgesetz folgte die ‚soziale Marktwirtschaft‘ und die Wende der Sozialdemokratie im Godesberger Programm sowie die ‚Installation‘ der Wohlfahrtsverbände als privilegierte Dienstleister zwischen Individuen und Staat. Sie waren Garanten gegen den ‚totalen Staat‘ des Dritten Reiches und sorgten für eine glaubens- und milieunahe Grundversorgung.

*Konrad Hummel/Gerhard Timm*

Das Sozialstaatsgebot als Anspruch auf eine Balance aus Freiheit, Sicherheit und größtmöglicher sozialer Gleichheit wurde für alle deutschen ‚BundesbürgerInnen‘ gewährleistet.

Außerhalb standen ‚Gastarbeiter‘ und solche mit eingeschränkten Rechten, z. B. wegen ihrer sexuellen Identität (§ 175 Homosexualität), oder eingeschränkten Wahlrechten (Behinderte). Aber auch für sie waren die Wohlfahrtsverbände Ansprechpartner, zugeordnet nach Gruppen (Italiener zur Caritas, Türken zur AWO usw.).

*5.) Vom Wandel sind alle Betroffenen, was den Blick über die ‚KlientInnen‘ hinauslenken sollte, oder: Die Wohlfahrtsverbände als Akteure in der Gesellschaft.*

Die bürgerlichen Grundrechte haben sich erweitert, die Zuwanderung hat die Gesellschaft sehr viel heterogener und die Zuordnung nach Gruppen fließender gemacht. Die Wohlfahrtsverbände gibt es immer noch, aber sie sind faktisch Dienstleister einer offenen Gesellschaft mit Rechtsansprüchen geworden (beispielsweise nach Kindergartenplätzen oder Beratungsstellen). Neben ihnen sind andere Träger entstanden ohne weltanschauliche Bindungen und ohne den Status der Gemeinnützigkeit. Sie selbst sind nicht mehr in dem Maße mitglieder- und ehrenamtsgetragene Sozialverbände, sondern professionelle Großorganisationen mit bürgerschaftlich Engagierten, die dies zunehmend temporär und ‚projektbezogen‘ sind, insgesamt mit abnehmender Verbindlichkeit.

Das Sozialstaatsgebot gilt in der Wahrnehmung heute für jeden Einzelnen, der in Not geraten ist, einschließlich derer, die in Afrika an Hunger oder im Mittelmeer an Schleusern und Asylpolitik leiden. So erscheint es vielen auf der sozialen Verliererseite im Land eine grobe Ungerechtigkeit, dass Flüchtlinge vermeintlich mehr Aufmerksamkeit bekommen als Einheimische. Deutsch-türkischen BürgerInnen erscheint es ungerecht, dass russlanddeutsche Zuwanderer sofort Stimm- und Wahlrechte erhalten und sie nicht und so grenzen sich viele ‚Notleidende‘ voneinander ab, sind aber möglicherweise ‚KundInnen‘ desselben Verbandes.

Es scheint ein jeder mit dem Sozialstaat und damit der Wohlfahrtspflege in Kontakt zu kommen im Laufe seines Lebens, sei es über Kindereinrichtungen, Ausbildungshilfen, chronischen Medizinproblemen oder Pflege, und die staatlichen Mittel werden den Ansprüchen scheinbar in keiner Weise mehr gerecht. So dienen auch die Wohlfahrtsverbände mit ihren Einrichtungen allen und appellieren doch, dass die besonders Armen nicht von ‚allen anderen‘ vergessen werden (z. B. Kinderarmut) und dass wir mit

*Wohlfahrtsverbände in der Demokratiekrise: Was tun?*

der Europäisierung neue Not in Nachbarländern erkennen sollen und mit der Globalisierung den Blick in Abgründe von Krieg und Not richten. Während unsere eigene Erwartung an den Sozialstaat permanent gestiegen ist, sollen wir die viel größere Not Dritter auch noch einbeziehen und berücksichtigen.

Für die Ängstlichen und vermeintlich Vergessenen und „Unerhörten“ (so die Diakonie-Kampagne) sind die Grenzen dieser deutschen Solidargemeinschaft (oder Volksgemeinschaft, wie einige gerne sagen würden) längst unerträglich gesprengt. Die Aufforderung, solidarisch in einem die Nation überschreitenden Sinne zu sein, gilt als Zumutung und Zynismus aufseiten der Wohlstandsgewinner. Es ist eben ‚nichts mehr in Ordnung‘, keine Stabilität des Systems mehr gegeben. Das Grundgesetz enthält eine Dynamik, in der die individuellen Grundrechte (allein schon bei der Gleichheit von Mann und Frau) und Wahlfreiheiten das feste Ordnungsgefüge einer Nachkriegsgesellschaft sprengen; die Integration der europäischen Integration tut ein Übriges dazu und die Globalisierung des Arbeitsmarktes macht es unumkehrbar.

Die ersten Milieuanalysen einer zu Wohlstand gekommenen bundesrepublikanischen Gesellschaft zeigen schon seit zwei Jahrzehnten, dass Eingriffe in die Lebensweisen zunehmend Protestgründe sein werden, mehr als sinkende Standards allein (vgl. Vester 2001). Wie viel Geld in der Kasse ist oder für Miete da ist, ist das eine, wichtiger ist geworden, dass der eigene Lebensstil nicht dauernd in Frage gestellt wird. Dies ist in einer dynamischen Gesellschaft, die für Bildung, Vielfaltstoleranz und Klima Anstrengungen abverlangt, konfliktreich.

Die Wohlfahrtsverbände sind nicht mehr unhinterfragte Säulen eines stabilen Staatsgefüges, das ein hohes Versorgungsniveau erreicht hat. Sie fügen dem Staat nicht mehr unhinterfragt und unablässig den Mehrwert von Glauben, Kontemplation, Helfern und Sozialraumnachbarschaften hinzu. Während eine Freiwillige Feuerwehr noch akzeptiert wird als Grundlage eines sicheren Staatswesens, haben sich Zweifel in das Sozialstaatsgebilde geschlichen, deren Repräsentanten eben auch die Wohlfahrtsverbände sind.

Die Verbände kämpfen selbst wie die Parteien um Mitglieder, um Akzeptanz, mit Kommerzialisierung und müssten doch ihren ‚KundInnen‘, KlientInnen und PatientInnen noch mehr an Solidarität zumuten in einer offenen Gesellschaft, in der es nicht nur ‚die Gewinner‘ und ‚die Verlierer‘ gibt, sondern vielerlei Not- und Bedarfssituationen. Sie müssten ihren Mitgliedern, KlientInnen und MitarbeiterInnen selbstverständlich vermitteln, dass heutige Demokratien zwingend offene Systeme und nicht mehr selbstbezogen sind (vgl. Willke 2016).

## Anwälte der Unerhörten – Unmittelbares Engagement für Demokratie

*Maria Lobeide/Ingo Grastorf/Natascha Gillenberg*

### *1. Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Repräsentation als Grundlage der Demokratie*

Als Wohlfahrtsverband spielt die Diakonie Deutschland im Zusammenwirken mit der Evangelischen Kirche Deutschlands eine besondere Rolle im Orchester der zivilgesellschaftlichen Akteure: Zum einen erbringt sie mit ihren jeweiligen Untergliederungen soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Das Leistungsspektrum der Freien Wohlfahrt umfasst dabei vielfältige soziale und gesundheitsbezogene Unterstützungs- und Bildungsangebote für Menschen in allen Lebensphasen.

Zum anderen übernimmt die Diakonie auch die Anwaltschaft von Interessen sozial benachteiligter Gruppen in politischen Kontexten. Die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit ist grundlegend für die Realisierung demokratischer Werte und Rechte. Sie entspricht dem Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Zugleich ermöglicht erst der Ausgleich von Benachteiligung den Menschen ihre volle soziale Partizipation und politische Mitsprache als Ausdruck ihrer individuellen Freiheit sowie ihrer Souveränität und Verantwortung als Bürger\*in.

Das Wissen um den Rückhalt durch die Solidargemeinschaft auch in schwierigen Lebenssituationen schafft Vertrauen in einen demokratischen Staat und die Gesellschaft. Erst der verlässliche Sozialstaat bildet die stabile Grundlage für Demokratie und Freiheit. Umgekehrt wird

in dem Maße, wie die Leistungen des Wohlfahrtsstaats ausgedünnt sowie der Einzelne zur Eigenverantwortung aufgerufen wird und sich im Alter, im Krankheitsfall oder bei der Bildung seiner Kinder stärker auf sich allein gestellt sieht, [...] die Bindung an das Allgemeine geschwächt (Koppetsch 2019: 91).

Die Diakonie steht aber nicht nur anwaltschaftlich und damit stellvertretend für ausgeschlossene oder wenig repräsentierte Menschen oder Gruppen ein, sondern sieht es auch als ihre Aufgaben an, diese in ihrer Erfah-

*Maria Lobeide/Ingo Grastorf/Natascha Gillenberg*

rung von Selbstwirksamkeit zu bestärken und zu *empowern*. Sie fördert ihre Selbstorganisation und ihre Selbstvertretung, um sich im politischen Prozess Gehör zu verschaffen.

Aufgrund ihres gemeinwohlorientierten Handelns mobilisiert, unterstützt und koordiniert die Diakonie darüber hinaus bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement in der Gesellschaft. Damit trägt sie zur Einbindung unterschiedlichster Interessengruppen bei und sorgt für die Repräsentation von Diversität in der gesellschaftlichen und politischen Wahrnehmung. Sie bietet zugleich Ort und Plattform, sich aktiv in der Zivilgesellschaft einzubringen. Sie unterstützt damit auch den Pluralismus als wesentliches Strukturelement der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und vermittelt Wissen und Instrumente ziviler Konfliktlösungen.

## *2. Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien*

Die weltweite Finanzkrise von 2008 und die Globalisierung – vor allem die Globalisierung der Kapitalmärkte – sowie die Kontroversen um die sogenannte europäische ‚Flüchtlingskrise‘ von 2015 (von Migrationsforscher\*innen eher als ‚Krise des Migrationsmanagements‘ beurteilt) haben zu großen Verunsicherungen geführt und Bruchstellen des gegenwärtigen politischen Modells offengelegt (vgl. Crouch 2008, 2017; Heitmeyer 2018; Stüwe 2018).

Wachsende soziale Ungleichheit und die Herausforderungen durch zunehmende kulturelle, religiöse und ethnische Diversität werden als Prüfsteine für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrgenommen. Besonders dort, wo Armut, Jugendarbeitslosigkeit und eine Überalterung der Bevölkerung vorherrschen, ist der Gemeinsinn deutlich stärker in Gefahr (vgl. Arant/Dragolov/Boehnke 2017). Eine Schwachstelle des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland – vergleicht man die Werte mit anderen westlichen Staaten – zeigt sich auch im Mangel an Offenheit gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt (vgl. Berding 2015).

Die etablierten liberalen Demokratien des Westens erleben eine ernste Legitimationskrise, während antidemokratische und antieuropäische Strömungen wachsende Zustimmung erhalten. In der Mehrzahl der europäischen Länder sind rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien inzwischen auch parlamentarisch vertreten – in Deutschland mit der AfD seit 2017 als größte Oppositionsfraktion nun auch im Bundestag.

Rechtspopulist\*innen inszenieren sich als Anwälte des Volkes. Ihr ‚Demokratieverständnis‘ ist aber weder ein pluralistisches noch parlamentari-

*Anwälte der Unerhörten – Unmittelbares Engagement für Demokratie*

sches, sondern zielt auf die unmittelbare und unvermittelte Interessenvertretung eines ethnisch und politisch homogen gedachten Volkes, wenn nicht gar einer ‚Volksgemeinschaft‘.

Minderheitenrechte und Schutz vor Diskriminierung haben darin keinen Platz. Ebenso erfahren die Idee „öffentlicher Arenen“ (Habermas) einer sich friedvoll organisierenden Zivilgesellschaft und der Gedanke einer „offenen Gesellschaft“ (Popper) Hohn und Verachtung.

Die Zunahme verbaler und tätlicher Angriffe auf etablierte staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend. Diese richten sich immer wieder auch gegen die Diakonie und ihre Arbeit für und mit benachteiligten Menschen. Dies ist zum Beispiel besonders bemerkbar, wenn es um Geflüchtete geht. Aber beispielsweise auch parlamentarische Anfragen der AfD, die Menschen mit Behinderung diskriminieren, suchen durch Provokation und Tabubrüche ein Klima zu schaffen, in dem Werte von Toleranz und Menschenwürde infrage gestellt werden.

In Zeiten von wachsendem rechtsnationalen Populismus und Rechtsextremismus geraten Freiheitsräume der Zivilgesellschaft, Menschen- und Minderheitenrechte unter Druck. Beleidigende Rhetorik gegen Frauen, Menschen mit Behinderung, Migrant\*innen, soziale Organisationen und kritische Medien verstärken Spaltungstendenzen der Gesellschaft und schaffen damit auch für die Zivilgesellschaft ein zunehmend schwieriges Umfeld.

### *3. Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch Partizipation*

Als Akteurin der Zivilgesellschaft und als Verband für politische Lobbyarbeit sieht die Diakonie Deutschland in der Stärkung des sozialen Zusammenhalts eine ihrer Kernaufgaben.

Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft besteht in der Qualität sozialer Beziehungen, der Möglichkeit von Partizipation sowie der Akzeptanz von Diversität, was wiederum Zugehörigkeit schafft. Untrennbar damit verbunden ist die Ausrichtung am Gemeinwohl, also das Vorhandensein von gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein und Solidarität (vgl Berding 2015: 26).

Die Diakonie Deutschland macht die Themen einer vielfältigen Gesellschaft und pluralistischen Demokratie zu einem nachhaltigen Schwerpunkt ihrer Arbeit – und hat dafür ihre Kräfte im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Demokratieförderung in einer eigens dafür geschaffenen Abteilung gebündelt. Die Gründung des Zentrums En-

*Maria Lobeide/Ingo Grastorf/Natascha Gillenberg*

agement, Demokratie und Zivilgesellschaft im Juni 2018 will demokratische Kräfte, den sozialen Zusammenhalt, die Beteiligung und die Teilhabe sowie kirchlich-diakonisches Engagement weiter stärken.

#### *4. Engagement und Ehrenamt*

Engagement und Ehrenamt stellen eine wichtige Säule für die Demokratie dar. Der zweite Engagementbericht des Bundesfamilienministeriums formuliert dies so:

Engagement muss den gleichen Grundprinzipien folgen, die für Staat, Gesellschaft und Markt gelten: Selbstermächtigung des Menschen und unveräußerliche Menschenrechte, Geltungsanspruch des Rechts, Volkssouveränität, repräsentative Demokratie und Gewaltenteilung, Privateigentum und Vertragsfreiheit, Haftung und Regelgerechtigkeit. (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: 522)

Dafür baut die Diakonie innerhalb ihres Bundesverbandes verstärkt Strukturen auf; sie will dieses bürgerschaftliche Engagement aber auch öffentlich stark machen. Der Diakonie geht es einerseits darum, das traditionelle Ehrenamt, wie zum Beispiel die Bahnhofsmision (125 Jahre), die Telefonseelsorge (über 60 Jahre), die Grünen Damen und Herren (50 Jahre), in seiner Bedeutung auch für die Demokratieförderung sichtbarer zu machen und sich für seine Aufwertung einzusetzen. Andererseits gilt es, neue Formen und Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln und zu fördern.

Gerade der große Einsatz freiwillig Engagierter während des starken Zuzugs von Geflüchteten im Jahr 2015 macht deutlich, wie ausgeprägt das Interesse und die Motivation von Menschen hierzulande sind, sich für das Gemeinwohl zu engagieren (BMFSFJ 2017: 165). Tatsächlich haben sich im Jahr 2015 im Zuge des vermehrten Flüchtlingszuzugs viele Menschen ehrenamtlich engagiert, die vorher in diesen Bereichen nicht oder selten aktiv waren. Nach Angaben des Allensbacher Instituts haben sich 15 % der Menschen in Deutschland ab 16 Jahren für Geflüchtete engagiert (vgl. Allensbacher Archiv: 165). Auch die hohe Zahl junger Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten, ist ein Hinweis auf die Bereitschaft, sich für andere Menschen einzusetzen. So weist der Freiwilligensurvey von 2014 eine Zunahme des Engagements Jugendlicher auf 52 % auf (Stand: 2009, BMFSFJ 2017: 187). Die Erfahrung zeigt, dass dies bei jungen Menschen in